

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 6 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. bei Haus, bei Postbestellung 1,50 RM. wöchentlich Beleggeld, Einzelnummern 10 Hpf. Alle Postanfragen, Poständerungen und Geschäftsstellenänderungen entgegen. Im Krieg oder sonstiger Verhältnisse besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder Änderung des Bezugspreises. — Währungsänderung eingeleiteter Geschäftsstelle erfolgt nur, wenn Vorste beiliegt.



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Wagenpreis: die 4spaltige Zeile 20 Hpf., die 6spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Hpf. pfeilspitze, die 3spaltige Reklamazeile im textlichen Teil 1 RM. Nachweisgebühr 20 Hpf. pfeilspitze, 30 Hpf. wöchentlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Anzeigen für die Wichtigkeit des Tages eingeleitet werden nach Möglichkeit durch Fernruf übermitteln. Anzeigen über, wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsanspruch erlischt, wenn der Betrag durch die Zeitung eingeleitet worden ist.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rosten behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 44 — 91. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Montag, den 22. Februar 1932

Ein blutiger Witz.

Es ist also zur Tatsache, zu einem historischen Geschehen geworden, daß sich Japan vor Schanghai bewußt über den Appell des Völkerbundes hinweggesetzt hat, wenigstens den Waffenstillstand mit den Chinesen zu verlängern. Es ist zum historischen Geschehen geworden, daß Japan über eine Bitte, wohlgerne eine Bitte des Völkerbundes zur Tagesordnung übergegangen ist, und daß wenige Stunden, nachdem diese Bitte ausgesprochen war, der große japanische Angriff vor Schanghai aus- und durchgeführt wurde. Seit dem Oktober vergangenen Jahres „beschäftigt“ den Völkerbundrat der japanisch-chinesische Konflikt, den man offiziell so nicht als „Krieg“ bezeichnen darf. Seit Oktober ist der Völkerbund in der ganzen Frage nicht einen einzigen Schritt vorwärts gekommen. Nur Japan kam vorwärts, erreichte sein Ziel, die gesamte Mandchurie zu besetzen, bis zur sibirischen Grenze hinaus. Und Sowjetrußland hat gleichfalls zugegeben, wie dieses Land von den Japanern erobert worden ist, für das vor dreißig Jahren Rußland schwerste, aber vergebliche Opfer gebracht hat. Aber den Amerikanern hat Japan im Fernen Osten die berühmte „offene Tür“ vor der Nase zugeschlagen. Ganz fast, ganz offen und ohne jede Verhüllung hat der Vertreter Japans im Völkerbundrat erklärt, daß sein Land die Mandchurie als Kolonie behandeln werde, gerade so, wie es mit Korea verfahren ist. Und zwar einfach deswegen, weil die japanischen Lebensinteressen eine solche Kolonie, eine Erweiterung des japanischen Lebensraumes verlangen. Der „juristische“ Entschuldigungsveruch Japans, daß China infolge der dort seit zwanzig Jahren herrschenden inneren Unruhen eigentlich gar kein Staat sei, will den chinesischen Boden sozusagen zum herrenlosen Gut machen, dessen sich jeder bemächtigen kann, der nur die militärischen Mittel dazu besitzt. Tatsächlich ist das die Proklamierung des politischen Faustrechts.

Man hat in Genf gefühlt und gewußt, um was es sich dabei handelt. Man hat gefühlt und gewußt, daß es nur darum geht, ob dieser „Völkerbund“ zu dem Zweck der Völker werden soll oder ob er das, was er sein will und sein soll, auch wirklich ist. In der Einleitung zu seinem Statut, das übrigens auch ein Teil des Versailler Friedens ist, wird über den Zweck des Völkerbundes unter anderem gesagt, daß er „die Förderung der Zusammenarbeit unter den Nationen“, daß er „den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit“ gewährleisten wolle. Er sei dazu bestimmt, den Völkern die Verpflichtung dazu aufzuerlegen, daß sie „nicht zum Kriege schreiten“ dürfen, daß sie „in aller Schlichtheit auf Gerechtigkeit und Ehre gegründete internationale Beziehungen unterhalten“, daß sie vor allem „die Vorschriften des internationalen Rechts genau beobachten, die Gerechtigkeit herrschen lassen und alle Vertragsverpflichtungen in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker pünktlich achten“. Soll man noch weiter aus diesem Statut zitieren? Beiläufig misachtet wurde so ziemlich alles, was dort über den Zweck des Völkerbundes gesagt ist. Und wenn er in letzter Stunde, am 3. März, wenn er bei der Verhandlung über den japanisch-japanischen Krieg sich nicht selbst vor der Welt reitet, dann ist er eben zwecklos.

Ebenso zerschanden die japanischen Kanonen alle die vertraglichen Verpflichtungen, mit denen der Völkerbund in den zwölf Jahren seines mühseligen Bestehens den Krieg aus der Welt zu schaffen versucht hat. Ein blutiger Witz ist es, den sich da die Weltgeschichte leistet: Während ein paar tausend Delegierte in Genf über die Abrüstung reden, tobt vor Schanghai die größte Schlacht der Nachkriegszeit. Wie es immer war in der Geschichte der Menschheit, so ist's auch heute noch: Gewalt geht vor Recht — trotz Völkerbundstatut und Kellogg-Pakt. Trotz Memelstatut und dessen „Garantierung“ durch vier Mächte, die heute gar nicht daran denken, die Innehaltung dieses Statuts zu erzwingen. Es ist ein zweiter, zwar unblutiger, aber gerade aus Deutsche schwer treffender Witz der Weltgeschichte, daß zu diesen vier „Garantie“mächten auch Japan gehört.

Vielleicht sind jene Staaten die klügsten gewesen, die bisher ihre Mitgliedsbeiträge beim Völkerbund nicht bezahlt haben!

Ein Telegramm des Reichspräsidenten an Hoover.

Der 200. Geburtstag von George Washington. Anläßlich des 200. Geburtstages von George Washington hat der Reichspräsident von Hindenburg an den Präsidenten Hoover nachfolgendes Telegramm gerichtet: „Zur Feier des 200. Geburtstages Ihres großen Nationalhelden möchte ich mir, Ihnen, Herr Präsident, und der ganzen amerikanischen Nation zugleich im Namen der Reichsregierung und des deutschen Volkes die herzlichsten Glückwünsche aussprechen. George Washington, der seinen Volksgenossen in Unabhängigkeit der Weltgeschichte. Möchte dieses Jahr des Gedächtnisses an George Washington, dessen kraftvolle Hand das alte atlantische Staatsvolk in schwerer Zeit sicher durch wirtschaftlichen Aufstieges für das amerikanische Volk und die ganze Welt werden.“

Vor der großen politischen Aussprache

Wieder Hochbetrieb im Reichstag.

Im Reichstagsgebäude hat wieder ein reger Betrieb eingesetzt. Im Laufe des Montags treten die Fraktionen des Christlichsozialen Volksdienstes, der Bayerischen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei zusammen, um die politische Lage zu besprechen und sich insbesondere auch über ihre Haltung in dem am Dienstag nachmittags beginnenden neuen Sitzungsabschnitt schlüssig zu werden. Gegen Abend findet eine Sitzung des Ältestenrats statt, der die Dauer des Tagungsabschnittes festlegen und auch darüber beschließen wird, ob die Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung und einzelne Reichsminister gesondert zur Beratung gestellt oder mit der Beschlussfassung über die Wahltag für die Reichspräsidentenwahl in Verbindung gebracht werden sollen. Man nimmt in parlamentarischen Kreisen an, daß sich im Ältestenrat eine Mehrheit für eine solche Verbindung entscheidet, so daß dann schon in der Dienstagssitzung nach einleitenden Ausführungen des Reichsinnenministers über den Zeitpunkt der Wahl die große politische Aussprache beginnen könnte.

Am Dienstag werden vor Beginn der Vollsitzung noch weitere Fraktionen zusammentreten. Die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen werden, wie sie bereits angekündigt haben, an den Reichstagsverhandlungen wieder teilnehmen und auch ihrerseits Mißtrauensanträge gegen die Reichsregierung oder einzelne Minister und andere Anträge auf Aufhebung von Notverordnungen und Reichsaufscheidung einbringen.

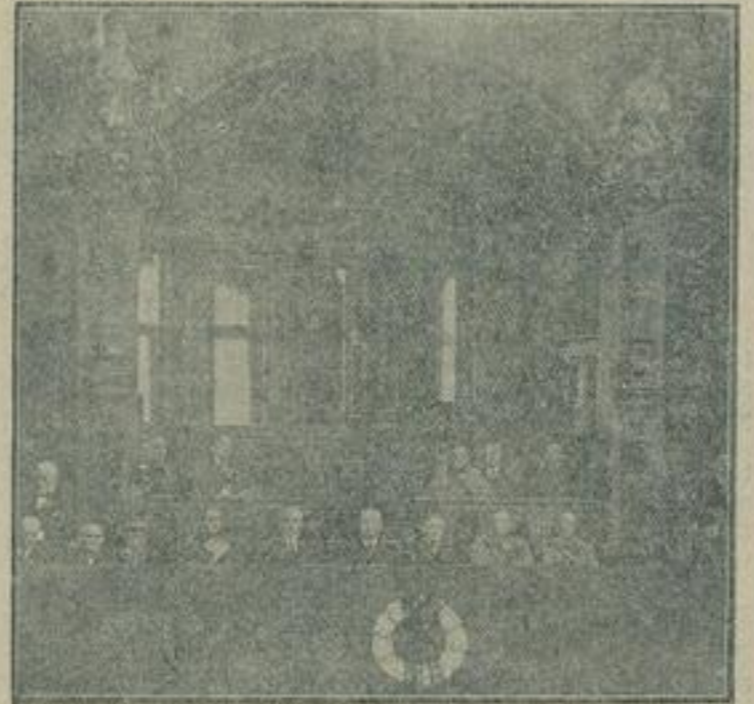
Die Präsidentschaftskandidatur der Nationalen Opposition.

Die Bemühungen um ein einheitliches Vorgehen. Über die Verhandlungen innerhalb der Nationalen Opposition werden die verschiedenartigsten Gerüchte wiedergegeben. Während es auf der einen Seite heißt, daß die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm sich bereits auf einen gemeinsamen Kandidaten geeinigt hätten, glaubt man andererseits sagen zu können, daß dahingehende Verhandlungen sich zerschlagen hätten. Hierzu verlautet von unterrichteter Seite, daß es sich bei allen diesen Äußerungen um Mutmaßungen handelt. Die DNVP setzt ihre Bemühungen, ein einheitliches Vorgehen in der Frage der Reichspräsidentenwahl innerhalb der gesamten Nationalen Opposition zu erzielen, fort. Vor Montag ist mit dem Bekannwerden tatsächlicher Vereinbarungen keineswegs zu rechnen.

Volkstrauertag.

Die Gefallenengedenkfeier im Reichstag.

Im Mittelpunkt der Weishestunde zum Gedächtnis an die Gefallenen des Weltkrieges am diesjährigen Sonntag dem 1. März stand die eindringliche Gedenkfeier des Völkerbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge im Reichstagsaal.



Die Präsidentsenke am Volkstrauertage. Reichspräsident von Hindenburg in der Mitte, rechts von ihm Reichswehr- und Reichsinnenminister Groener, General von Hammerstein. Links: Reichstagspräsident von Kardorff und Admiral Roeder. Hinter von Hindenburg. Links von diesem: Staatssekretär Meißner.

Biersteuererhöhung erst ab 1. April.

Amlich wird mitgeteilt: Die Verordnung über die Biersteuererhöhung bleibt bestehen und wird durchgeführt, und zwar nach Maßgabe der vom Preiskommissar erlassenen Ergänzungsverordnung, wonach die örtlichen Behörden Härten ausgleichen können.

Die Reichsregierung hält im Gesamtrahmen des Bierpreisproblems auch die Zuarbeitnahme des Getränkebesteuerungsproblems für nötig. Denn die Finanzlage erfordert es, daß das Bier unter allen Umständen das aufbringt, was bisher in den Haushalten dafür angelegt war. Diese Ansätze würden aber nicht erreicht werden, wenn die Besteuerung in ihrer bisherigen Höhe jetzt bestehen bliebe.

Aus diesem Grunde ist spätestens zum 1. April 1932 eine entsprechende Biersteuererhöhung in Aussicht genommen, die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglicht.

Bierstreik wird angedroht.

Nachdem die Verhandlungen über die von den Gastwirtsorganisationen geforderte Getränkesteuerermäßigung ergebnislos verlaufen waren, wurde in einer Versammlung von Vertrauensleuten sämtlicher Gastwirtsverbände erneut die Lage beraten.

Mit einer Mehrheit von 75 Prozent wurde beschlossen, den Bierstreik am Donnerstag früh beginnen zu lassen, wenn die Verhandlungen, die noch mit dem Preiskommissar geführt werden sollen, ebenfalls zu keinem Ergebnis führen würden. Ein solcher Beschluß würde für das gesamte Gastwirtsgebiet im Reich gelten.

Zentrumsabg. von Papen für Neuwahlen.

Anläßlich der Generalversammlung der Rheinischen Bauernschaft sprach der Zentrumsabgeordnete v. Papen in Kieve. Er untersuchte die Frage, unter welchen Bedingungen Deutschland in der nächsten Zukunft sein politisches und physisches Leben ohne chaotische Zusammenbrüche erhalten und weiterführen könne. Die gegenwärtige Starre der innenpolitischen Fronten, unerträglich verschärft durch den Kampf um Hindenburg, müsse unter allen Umständen überwunden werden. Sie führe mit Sicherheit zum Bürgerkrieg und Untergang. Es gebe kein besseres Mittel, als der Opposition durch Neuwahlen zu beweisen, daß sie den Neuanbau des Reiches nicht allein leisten können, sondern, daß in diese Front alle vaterlandliebenden nationalen Männer jenseits enger Parteigrenzen gehörten.

Die würdige Aus schmückung des weiten Raumes erhöhte die feierliche Stimmung der zahlreich Versammelten, unter denen man eine große Anzahl von Vertretern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden bemerkte. Um die Rednertribüne und an den Seiten des Sitzungssaales hatten die Vertreter der akademischen Jugend von 116 studentischen Verbindungen Aufstellung genommen, die gleichfalls eine Abordnung des Reichsheeres mit den Fahnen der alten Berliner Regimenter. Kurz vor Beginn der Feier betrat Reichskanzler Dr. Brüning sowie einige Reichsminister den Saal und nahmen am Regierungstisch Platz. Pünktlich um 12 Uhr erschien in der Präsidentsenke Reichspräsident von Hindenburg mit seinem Gefolge. Der Vizepräsident des Reichstages von Kardorff und Reichswehrminister Groener nahmen an der Seite des Reichspräsidenten Platz.

Musikalische und gesungene Darbietungen des Reichs- und des Berliner Liedertafel umrahmten die Gedenksprache des evangelischen Feldpredigers des Heeres und der Marine, D. Schlegel. Der Redner führte u. a. aus, daß die Todesopfer unserer gefallenen Brüder eingekrönt seien in die Geschichte unseres Volkes. Mit Ernst und Hingabe mühten wir erfahren, was einst geschah und was heute geschehen müsse. Die schicksalsschwere Zeit, die wir jetzt durchleben, hätten wir kommenden Geschlechtern gegenüber zu verantworten. Der Opferdort unserer gefallenen Soldaten ermahne uns, der Not der Zeit entgegenzutreten, im festen Glauben an die stichtlichen Kräfte unseres Volkes. Unser sei die Hoffnung, daß das Kreuz uns in die Höhe führe. Ein freier Deutscher, so schloß der Redner, kennt kein kaltes Mühen.

Deutschland muß leben, auch wenn wir sterben müssen. Das Lied vom guten Kameraden und der gemeinsame Gesang des Deutschlandliedes beendete die stimmungsvolle Stunde.

Im Anschluß an die Feier schritt Reichspräsident von Hindenburg die Front der Ehrenkompanie ab, die vor dem Reichstagsgebäude Aufstellung genommen hatte. Von der zahlreichen Menschenmenge wurde der Reichspräsident beim Erscheinen begeistert begrüßt.